

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Jugendhilfeausschuss	01.09.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Initiative zur Einrichtung eines Jugendparlaments

Betroffene Produktgruppe

11 06 01 Förderung von Kindern / Prävention

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Jugendhilfeausschuss, 07.12.2016, TOP 5
 Jugendhilfeausschuss, 01.02.2017, TOP 4.1, Drucksachen-Nr. 4308/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 05.04.2017, TOP 6, Bericht BJR
 Jugendhilfeausschuss, 07.03.2018, TOP 5, Bericht BJR
 Jugendhilfeausschuss, 11.04.2018, TOP 4.1, Drucksachen-Nr. 6449/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 04.07.2018, TOP 6, Drucksachen-Nr. 6877/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 06.03.2019, TOP 12; Drucksachen-Nr. 8085/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 27.05.2020, TOP 3.2, Drucksachen-Nr. 10976/2014-2020
 Jugendhilfeausschuss, 19.08.2020, TOP 5
 Jugendhilfeausschuss, 02.06.2021, TOP 13, Drucksachen-Nr. 1532/2020-2025

Sachverhalt:

Im Laufe des letzten Jahres entwickelte sich erneut eine Diskussion um ein Kinder- und Jugendparlament in Bielefeld. Im Sommer 2020 hatte die Bezirksschüler*innenvertretung in einer Überarbeitung ihres Jugendbeteiligungskonzeptes die eigene Positionierung revidiert und eine grundsätzlich positive Haltung zu einem Jugendparlament in Bielefeld bezogen. Zu Beginn des Jahres 2021 gründete sich dann eine Initiative von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die seither aktiv die Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes vorantreibt. Es fanden mehrere öffentliche Onlineforen sowie Austauschgespräche mit Bielefelder Fachpolitiker*innen statt. Die Bielefelder Jugendlichen wurden dabei von Vertreter*innen aus den Jugendparlamenten in Wismar und Berlin-Tempelhof begleitet und unterstützt.

Mit dem beigefügten „Forderungspapier zum Kinder- und Jugendparlament“ liegt nun ein (Zwischen-)Ergebnis vor, in dem junge Menschen sich positionieren und sich für ein Kinder- und Jugendparlament einsetzen.

Das Papier betont, dass es sich bei dem zu gründenden Jugendparlament um ein zusätzliches jugendgerechtes Format handeln soll mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche besser zu beteiligen und Nachhaltigkeit sicherzustellen. Aus fachlicher Sicht erscheint es richtig, die Arbeit in kleineren Projekten und Initiativen in den Stadtteilen nicht zu vernachlässigen bzw. nicht durch ein zentrales Jugendparlament ersetzen zu wollen. Gleichzeitig ist die Forderung der Jugendlichen konsequent, mit dem Kinder- und Jugendparlament ein verbindendes Gremium zu schaffen, das eine Brücke zwischen diesen freien Strukturen und offenen Teilnehmungsformaten in die Verwaltung und die Politik schlagen kann. Ein Kinder- und Jugendparlament könnte so verstanden, als Sprachrohr für eine bunte lokale Teilnehmungslandschaft dienen.

Die von den Jugendlichen gewünschte höhere Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit lässt sich sicherlich nur dann erreichen, wenn ein neues Jugendparlament von Beginn an strukturell gut in den städtischen Strukturen verankert ist. Nicht nur die jungen Menschen müssen „fit für Partizipation“ gemacht werden, auch für Politik und Verwaltung muss es selbstverständlich und verbindlich werden, Kinder und Jugendliche an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen. In diesem Zusammenhang erscheint der Wunsch nach festen Ansprechpartner*innen in allen Dezernaten sinnvoll. Bereits bestehende dezernatsübergreifende Strukturen sollten ausgebaut und gefestigt werden. Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen zudem, dass es sinnvoll ist, diese gewinnbringenden Prozesse innerhalb der Verwaltung z.B. durch Workshops zu begleiten. Das Landesjugendamt, aber auch die gerade neu entstandene Akademie für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW in Haus Neuland, könnten gute Möglichkeiten bieten, um diesen Prozess zu unterstützen.

Der Wunsch der Jugendlichen, in möglichst allen für sie relevanten Ausschüssen vertreten zu sein, sollte in der weiteren Umsetzung gut begleitet und reflektiert werden. Aus fachlicher Sicht setzt dieser Anspruch neben der erforderlichen personellen Kontinuität eine hohe Anpassungsleistung an „erwachsene“ Regularien und Strukturen voraus, die von Jugendlichen weder erwartet werden sollte, noch unbedingt sinnvoll erscheint. Stattdessen könnte das Jugendparlament selbst als der Ort verankert werden, in dem die Themen der Jugendlichen mit Politik und Verwaltung diskutiert werden. Hier könnten unter der Regie der jungen Menschen Aufträge formuliert werden, mit denen sich dann die Ausschüsse befassen und dem Jugendparlament anschließend Bericht erstatten müssten. Auch die Forderung, bereits Kinder zu beteiligen, ist konsequent und folgerichtig, setzt jedoch hohe Ansprüche an eine gute pädagogische Begleitung.

Im weiteren Prozess werden sicherlich noch weitere Diskussionen und Konkretisierungen notwendig sein, in deren Verlauf sich weitere Fragen stellen: Wie z.B. kann sich der gewünschte „niedrigschwellige“ Zugang zum Jugendparlament am besten verwirklichen lassen? Ist dies allein durch Wahlen zu erreichen, oder braucht es (auch) ein Delegationsprinzip, um Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu beteiligen, die sonst wenig Chancen hätten, vertreten zu sein? Wie kann ein Nebeneinander von „gewählten Ämtern“ und freien Strukturen am besten funktionieren?

Das vorliegende Forderungspapier bietet aus Sicht der Verwaltung eine hervorragende Grundlage für weitere Arbeitsschritte. Es kann und sollte nicht den Anspruch haben, bereits in dieser Phase alle Fragen beantworten zu können. Gleichzeitig spiegelt das Ergebnis wider, wie offen, differenziert und ernsthaft der Prozess von den jungen Menschen bisher gestaltet wurde, in dessen weiteren Verlauf noch weitere relevante Gruppen einbezogen werden sollten.

Erster Beigeordneter

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Ingo Nürnberger